Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage **Leben, Wissen, Kunst** sowie der **Frauen- und Jugendzeitung** einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3485. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 274. | Dresden, Montag den 27. November 1911. | 22. Jahrg.

Die konservative Kandidatur in Dresden-Altstadt.

Seit langem ist die Aufstellung eines neuen konservativen Kandidaten für den 5. sächsischen Reichstagswahlkreis angekündigt worden. Der konservative Kandidat bei der Wahl von 1907, Herr Unrasch, hat sich, wie bekannt, davongemacht; sein damaliger Reinfall war zu groß, um eine Wiederholung zu wagen, er glänzt jetzt im 10. sächsischen Wahlkreis als konservativer Durchfallsmann. Nun erging sich die Leitung des Dresdner Konservativen Vereins schon seit geraumer Frist in geheimnisvollen Andeutungen, bald solle der Name ihres neuen Auserkorenen bekannt gegeben werden. Immer aber dauerte die Geheimniskrämerei fort, hinter der sich doch nur die peinliche Verlegenheit der kandidatensuchenden Konservativen verbarg.

Jetzt endlich ist das Geheimnis gelüftet, die Konservativen haben nach mühevollem Suchen ihren Kandidaten gefunden. Wer ist es? Kein anderer als — der nationalliberale Landgerichtsdirektor Dr. Heinze!

Der Konservative Verein zu Dresden verbreitet folgende Erklärung:

„Unter Billigung des Konservativen Landesvereins haben wir beschlossen, bei den kommenden Reichstagswahlen für den bisherigen, der nationalliberalen Partei angehörigen Vertreter, Herrn Landgerichtsdirektor Dr. Heinze, im 5. sächsischen Reichstagswahlkreise schon im ersten Wahlgange zu stimmen. Wir haben über diesen Entschluß mit keiner anderen politischen Partei verhandelt, noch viel weniger irgendwelche Gegenkonzessionen verlangt — er ist herausgewachsen aus der patriotischen Erwägung, in der Residenzstadt unseres vielgeliebten Königs dem gemeinsamen Feinde gemeinsam zu begegnen und aus dem aufrichtigen und dringenden Wunsche, hierdurch der Ehre und dem Ansehen Dresdens zu dienen. Es ist nicht konservative Schuld, daß die gemeinsame Abwehr des sozialdemokratischen Ansturms anderswo nicht erfolgt; die verhetzende Agitation der liberalen Parteien in den letzten Jahren, die seit langem schon der konservativen Partei offene Fehde angesagt haben, wie zuletzt noch die rücksichtslose Mißachtung der berechtigten Ansprüche unserer Freunde bei der Wahl des Präsidiums der Zweiten Ständekammer zwingen im allgemeinen die konservative Partei zu entschiedener Abwehr und zu energischem Kampfe. Der von uns gefaßte Entschluß ist uns erleichtert worden nicht nur durch den selbstlosen Verzicht des von uns in Aussicht genommenen Kandidaten, unseres hochverehrten Herrn Oberbürgermeister Geheimrat Dr. Dr. ing. Beutler, sondern auch durch die Person des Herrn Dr. Heinze, der sich ferngehalten hat von den Schmähungen und Verdächtigungen gegenüber den Konservativen, die so vielfach aus seiner Partei in die Oeffentlichkeit drangen, den auch wir als einen Patrioten hochschätzen und von dem wir annehmen, daß er der Anforderungen eingedenk sein wird, die das Vaterland auch gegenüber dem Parteigetriebe an jeden königstreuen Mann stellt. Wir fordern daher alle konservativen Männer auf, mit uns gemeinsam am 12. Januar dem bisherigen Vertreter des 5. sächsischen Reichstagswahlkreises, Herrn Landgerichtsdirektor Dr. Heinze, ihre Stimme zu geben. Dresden, am 24. November 1911. Der Konservative Verein zu Dresden. Dr. Thümmler, Vorsitzender."

Diese Erklärung kennzeichnet gleicherweise diejenigen, die sie erlassen, wie denjenigen Mann, zu dessen Gunsten sie erlassen wird, gleicherweise die konservative Partei, wie den Nach-Nationalliberalen Herrn Dr. Heinze und schließlich die nationalliberale Partei überhaupt.

Der Entschluß der Konservativen, für Dr. Heinze einzutreten, soll aus „patriotischen Erwägungen" hervorgewachsen sein. Nun selbstverständlich, die Konservativen tun ja alles, was sie tun, aus „patriotischen Erwägungen". Wenn sie sich von Steuern drücken, und die Unbemittelten schwer belasten, wenn sie Zollwucher treiben, wenn sie Unrecht auf Unrecht häufen, alles geschieht sicherlich aus reinstem „Patriotismus". Auch im jetzigen Falle wird die patriotische Uneigennützigkeit der Konservativen wenige Gläubige finden. Die Bevölkerung sieht vielmehr die wahren Beweggründe, die wie üblich hinter das patriotische Mäntelchen versteckt werden sollen. Die Konservativen Dresdens hatten bei der Wahl von 1907 nur etwa 5000 Stimmen, kaum 12 Prozent der abgegebenen Stimmen, erhalten und eine neue Kandidatur bei der jetzigen Wahl hätte nur von neuem erwiesen, daß für die konservative Partei in Dresden ganz und gar keine politischen Geschäfte mehr zu machen sind. Diese Firma ist gründlich verkracht, sie hat nur noch die pensionierten Offiziere, die höheren Beamten und einen Teil der Innungsmeister auf ihrer Seite.

Um dem kläglichen Reinfall auszuweichen, hat man sich schon immer mit dem Gedanken getragen, Herrn Oberbürgermeister Dr. Beutler als Lockvogel anzuspannen. Niemand aber kann glauben, daß es hiermit Ernst war. Herrn Dr. Beutler ist der üble Geschmack kaum zuzumuten, sich dem schweren Risiko eines Reinfalles in der Stadt auszusetzen, in der er Oberbürgermeister ist. Auch weiß Dr. Beutler, daß er die Pflichten des Mandats mit seiner sonstigen Tätigkeit zu vereinigen nicht imstande sein würde, und schließlich ist es bekannt, daß die Wünsche des Oberbürgermeisters denn doch auf andere Ziele gerichtet sind. So ist denn auch das Gerede in der konservativen Erklärung von dem „selbstlosen Verzicht des von uns in Aussicht genommenen Kandidaten" nichts als Spiegelfechterei.

Wenn die Konservativen ferner meinen, ihr „patriotischer Entschluß" solle „der Ehre und dem Ansehen Dresdens" dienen, so können sie mit dergleichen Redensarten nur schallende Heiterkeit erzielen. Es spricht aus solchen Worten die ganze lächerliche Anmaßung der besitzenden und herrschenden Leien. Ebenso ist der Hinweis auf „die Residenzstadt unseres vielgeliebten Königs" nichts als ein sehr geschmackloser Versuch, die eigene konservative Hilflosigkeit durch Ausnutzung des Staatsoberhaupts für Parteizwecke aufzubessern.

Es ward den notleidenden Konservativen ein anderer Retter zuteil. Wozu noch lange nach einem konservativen Durchfallskandidaten suchen? Das Gute lag so nah: Wie konnte man einen geeigneteren Mann finden, als — Herrn Dr. Heinze! Dieser nennt sich zwar nationalliberal, aber die Dresdner Konservativen haben freudig schmunzelnd erlebt, wie Dr. Heinze von Jahr zu Jahr mehr und mehr an ihre Seite zärtlichst herangerückt ist. Die Dresdner Konservativen spenden Herrn Heinze ihr reichliches Lob, sie rühmen, daß er sich nicht an der „verhetzenden Agitation der liberalen Parteien" beteiligt habe, sie wollen ihm zum Dank schon im ersten Wahlgang ihre Stimme zuführen. Herr Dr. Heinze hat dies Lob und die Stimmen der konservativen Geheimräte wirklich verdient. Er hat sich längst so weit gemausert, daß er zum Ehrenmitglied der konservativen Reaktion ernannt werden kann.

Das begeisterte Eintreten der Konservativen für Dr. Heinze ist im höchsten Maße geeignet, solchen Wählern in Dresden ein Licht aufzustecken, die bisher etwa angenommen haben, Dr. Heinze habe noch etwas mit Liberalismus gemein. Ein „Liberaler", der der Auserkorene der konservativen Reaktionspartei ist — das sagt genug, das sagt alles!

Dieser Dresdner Vorgang ist aber auch weit über Dresden und Sachsen hinaus von Bedeutung. Er zeigt aufs eindringlichste, daß die deutschen Reichstagswähler, wenn sie der schwarz-blauen Reaktion ein Ende machen wollen, in die sogenannten Nationalliberalen nicht die allergeringsten Erwartungen setzen dürfen.

Marokkonachwehen.

Das Kriegsgespenst wird um so gruseliger gemalt, je mehr wir uns dem Reichstagswahltermin nähern. Die Nat.-Ztg. legt in einem auffälligen Leitartikel dar, wie England Mitte September auf der Lauer gelegen habe, mit seiner gefechtsbereiten Kriegsflotte Deutschland zu überfallen, während Mutter Germania im Dornröschenschlaf lag. Die Nat.-Ztg. schließt: „Die deutsche Regierung wird nicht umhin können, die Gefahr eines solchen englischen Ueberfalles für die Zukunft ernstlich ins Auge zu fassen." Nach der Köln. Ztg. soll auch Frankreich „kriegsbereit" gewesen sein. Jetzt wird aus Paris gemeldet: „Die Pariser Banken hatten im Hochsommer alle Vorkehrungen für den Kriegsfall getroffen. An der Grenze standen zahlreiche Züge tagelang unter Dampf, um die Kassenbestände der Banknotenstellen nach Paris zu bringen." Und über die deutschen Vorbereitungen in diesem letzten an Völkerbedrohungen so reichem Jahre wird von einer „hochgestellten militärischen Persönlichkeit" der Militärisch-Politischen Korrespondenz geschrieben:

„In Verbindung mit den Erörterungen über die akute Kriegsgefahr des Hoch- und besonders des Spätsommers erscheint es nützlich, darauf hinzuweisen, daß unsere leitenden Stellen in Heer und Marine andauernd auf die Möglichkeit des plötzlich ausbrechenden Konflikts abgestimmt waren. So haben sich u. a. die Bewegungen der Hochseeflotte in steter Verständigung mit den führenden Staatsmännern vollzogen; ihr Verschwinden zu kritischer Zeit in die Ostsee spricht laut für den starken Willen Deutschlands, bis zum äußersten den Frieden zu erhalten, denn die englischen Absichten und die Möglichkeit eines Ausbruchs der Feindseligkeiten ohne vorhergehende Kriegserklärung waren uns vollauf bekannt. Ebenso wissen wir, daß ganz neuerdings gewisse Neubesetzungen in den Fachressorts des Londoner Flottenamts lediglich als auf die Beschleunigung einer — weiterhin denkbar gebliebenen — Mobilmachung hinarbeitend zu deuten sind. Unsere festgefügte militärische und diplomatische Maschinerie hat in der Konfliktszeit die Belastungsprobe voll und ganz bestanden. Es haben das Auswärtige Amt, das Reichsmarineamt, der Admiralstab, das Kriegsministerium, der Generalstab der Armee, das Reichsschatzamt und das Präsidium der Reichsbank in engster Fühlung zueinander gearbeitet."

Sagen wir also nach all den Enthüllungen der letzten Zeit einfach: mindestens drei Regierungen standen auf dem Sprunge, um des elenden Marokkoschachers wegen einen Weltkrieg zu beginnen, und es entspricht nur der imperialistischen Nervosität, von der die Großmächte heute mehr denn je geplagt werden, daß den finsteren Kriegsintrigen neuerdings ein Schwall von Vernunftsbeteuerungen folgt. Die Köln. Ztg. mußte sich am Sonnabend schon wieder zum Sprachrohr der Regierung hergeben und der englischen Regierung versichern:

„In England geht man bei Beurteilung der Situation zwischen Deutschland und England insofern von einer ganz falschen Auffassung aus, als man zu glauben scheint, daß wir den Sturz des englischen Ministers Sir Edward Grey wünschen. Wenn das wirklich der Wunsch Deutschlands wäre, so würden wir es vollständig begreifen, daß das englische Parlament und die ungeheure Mehrheit der Engländer gegen einen solchen Versuch des Auslands, bei der Besetzung der englischen Ministerstellen einen Einfluß auszuüben oder ihn englischen Parlament zu triumphieren, sich vollständig ablehnend verhalten würde. In Deutschland denkt man aber gar nicht daran, sich in einer solchen Weise in die englische Politik einzumischen und den Engländern bei der Auswahl ihrer Minister auch nur mit Rat zur Hand zu gehen . . .

. . . Es ist erklärlich, daß wir den Debatten im englischen Unterhause mit Interesse entgegensehen, um daraus einen Schluß zu ziehen, welche Politik England uns gegenüber sowohl rückschauend als auch vorwärtsblickend einnehmen wird. Das hat für Deutschland eine große Bedeutung. An Ministerstürzerei denkt bei uns niemand, einmal, weil keine starke Nation sich einen solchen Eingriff gefallen lassen würde, und dann auch, weil durch den bloßen Versuch schon das Gegenteil des erstrebten Zwecks erreicht würde. Uns ist es gleich, wer regiert; wir fragen nur, wie man in England regiert . . .

. . . Man liebt es, Deutschland vielfach, aber zu Unrecht, als das Volk der Philosophen zu betrachten. Das aber ist richtig, wir Deutschen streben danach, jedes Ding nicht von einem persönlichen, sondern von einem abstrakten Standpunkt zu betrachten, und wir beurteilen eine Ministerrede nicht danach, wer sie gehalten hat, sondern was sie enthält. Das Ziel Deutschlands ist auch nicht, in England zu triumphieren, sondern verständige Politik zu treiben, die die berechtigten Interessen keines Volkes verletzt und die deutschen nach jeder Richtung hin wahrt.

Hätte die deutsche Regierung in der Marokkoangelegenheit von Anfang an so vernünftig gehandelt wie sie jetzt redet, so konnte sie sich heute manchen Wortschwall schenken.

Italien und das Völkerrecht.

Der zivilisatorische Wert des Völkerrechts im Kriege wurde von aufrichtigen Kennern dieser Disziplin stets gering geschätzt. Männer wie der Jurist Lueder und der Soldat Moltke haben höchstens Worte der Ironie für das liberale Gerede von einer Humanisierung und fortschreitenden Zivilisierung des modernen Krieges gefunden. Krieg ist Krieg und keine Rücksicht wird den, der einmal zur Gewalt gegriffen, von der Erfüllung des Kriegszweckes abhalten, und nur eine Gesittung, die den Krieg ausschließt, wird auch die zum Ausschluß kriegerischer Verrohung erforderliche Kultur besitzen. Das war die ausdrücklich gegenüber Bluntschlis Phrasendrasch bekannte Anschauung Moltkes. Gewiß, im Krieg zwischen „Kulturstaaten" wird eine gewisse Grenze der Verrohung gezogen werden, weil der Gegner gleiches mit gleichem vergelten würde. Demgegenüber zeigt der italienische Zug nach Tripolis die Kriegsfurie in nackter Furchtbarkeit, den Umsturz aller völkerrechtlichen Regeln durch die Brutalität der Gewalt, die absolute Herrschaft rohester Bestialität. Es soll im folgenden gezeigt werden, was das Völkerrecht erlaubt und was sich die Italiener selbst erlaubten, ohne daß eine Macht der Kulturwelt, ein einziger Signatar der Verträge von Genf bis Haag und London gegen die völlige Verwerfung des Völkerrechts eingeschritten wäre!

Dank reichsdeutscher Einflüsse ist seit der Haager Konferenz eine Kriegsankündigung nicht erforderlich und freier Ueberfall zulässig. Dennoch bleibt die Bindung durch vertragsmäßige Ultimaten bestehen. Im Ultimatum des Grafen di San Giuliano war, ohne rechtlichen Vorwand, glatt auf Interessen pochend, die Uebergabe von Tripolis bis zu einer fixen Stunde gefordert worden. Und siehe, zwei Stunden vor Ablauf der Frist bombardierte die italienische Flotte die Küste von Prevesa, also versuchend, die Brandfackel auch am Balkan zu entzünden. Ein Auflodern dieser Flamme wurde vorläufig verhindert, aber der Vertragsbruch blieb bestehen und leitete so diesen schamlosesten aller kapitalistischen Raubzüge sehr entsprechend ein.

Die Massakers von Tripolis bildeten die Fortsetzung. Nach völkerrechtlicher Satzung bleiben Frauen, Kinder, Greise und alle Bewohner des feindlichen Landes, die am Kriege selbst unbeteiligt sind, von allen Feindseligkeiten verschont. In Tripolis haben die Italiener, wie das inzwischen festgestellt wurde, Frauen nackt durch die Straßen geschleift und niedergemetzelt, sie haben Kinder und Greise wahllos hingerichtet. Allerdings wird auf italienischer Seite als Rechtfertigungsvorwand hervorgehoben, daß die Zivilbevölkerung der türkischen Armee Hilfe geleistet habe. Aber selbst diese Tatsache böte keinen völkerrechtlichen Grund zur Hinmordung Unbeteiligter. Nachdem nun die Hinrichtungen ohne Gerichtsverhandlung, oder wenigstens in überwiegender Zahl ohne Gerichtsverfahren erfolgten, konnte irgendwelche Schuld der Gerichteten nicht festgestellt werden. Und ebenso erscheint die Füsilierung gefangener Araber als Völkerrechtsbruch. Im Sinne der Haager Konvention sind Kriegsgefangene ebenso gut zu behandeln, wie der eigene Soldat. „Nicht besser und nicht schlechter." Nun wird in Rom erklärt, es handle sich bei den Arabern nicht um kriegsgefangene Soldaten, sondern um gefangene Empörer. Diese Argumentation erscheint angesichts der internationalen Kriegsregeln als aufgelegter Schwindel. Die Araber sind türkische Staatsbürger und keinesfalls Italiener. Wie könnten sie sich der „Empörung" gegenüber einer fremden Regierung schuldig gemacht haben? Im Sinne des Völkerrechts können unregelmäßige Truppen, sobald sie unter verantwortlicher Führung stehen und von ihrer eigenen Regierung autorisiert sind, Anspruch auf völkerrechtliche Behandlung erheben. Als solche Truppen aber erscheinen die Arabertruppen in Tripolis. Wenn man in Rom erklärt, die Arabertruppen seien durch keinerlei Abzeichen als Soldaten gekennzeichnet, so berechtigt dieser Umstand keinesfalls zur Ermordung Gefangener,

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19111127/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG